

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Meiner. Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 10. Mai.** Der Kaiser bezog sich heute in aller Frühe von Potsdam nach Spandau, um daselbst die Bataillone des Kaiserregiments Nr. 4 zu besichtigen. — Kanzer Leitz ist Montag Abend hier eingetroffen. Er hatte bereits eine Unterredung mit dem Geheimrath Köpfer vom Kolonialamt.

Wie die „Post“ meldet, glaubt die Reichsregierung, in ein Verlangen der Handelsprovisorien mit Spanien nur dann willigen zu können, wenn bis zum Ablauf der bekannten Frist von spanischer Seite bestimmte Garantien geboten werden, daß in den für die Zeit der Aufhebung des Handelsvertrages als gesichert betrachteten werden kann.

Wie das „B. Z.“ mittheilt, kündigt Joachim Gellert eine neue Sensationsbrochure an, unter dem Titel: „Aus dem Reichs-Bismarck“, und welche sensationelle Enthüllungen aus neuester Zeit und u. A. auch den Rücktritt des Fürsten Bismarck vom Kanzlerposten in Aufsehen erregender Weise behandeln soll.

Der „Mitt. Völ. Korresp.“ zufolge betrachtet man an zukünftigen militärischer Seite den Döwischen Panzer als für Kriegszwecke ungeeignet, sowohl von Mann und Pferd, als auch was die Panzerung beweglicher Selbstbestimmungen für die Zukunft betrifft.

Die Sekretäre und Sündel der deutschen Handelskammern sind heute hier zusammengetreten, um die Stellungnahme zu der geplanten Handelskammer-Gesetzgebung zu beraten.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Wahlward ist eine neue Klage wegen Verleumdung des Finanzministers Miquel erhoben worden. Die Verleumdung soll Wahlward in einer Versammlung in Berlin bezogen haben. Die Anklage ist im Abwärt bereits zugestellt worden, doch macht er Verzögerung geltend.

Aus Anlaß einer Zeitungsmeldung, daß die deutsche Schutztruppe in Südwest-Afrika eine abermalige Verleumdung erhalten wird, erklärt die „Nat.-Ztg.“ aus Militär- und Marinekreisen, daß in der Tat eine solche Verleumdung unmittelbar bevorstehe. Diefelbe bezweckt, die einzelnen Stationen in Südwest-Afrika denart zu Garnisonen zu versehen, daß die Wiederkehr von Ueberrücken, wie die, welche zu Beschwerden im Reichstags Anlaß gegeben haben, für die Zukunft ausgeschlossen erscheint.

Am 8. d. M. ist im Reichs-Eisenbahnamt unter Theilnahme von Vertretern der Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg über die Frage der Sonntagsruhe im Eisenbahn-Güterverkehr weiter verhandelt worden. Auf Grund der von den einzelnen Regierungen angestellten Erhebungen und der auf einigen Bahnen, namentlich der preussischen Staatsbahnen, bereits gemachten Erfahrungen wurde Einverständnis darüber erzielt, daß es angängig sein werde, auf allen deutschen Eisenbahnen den Güterverkehr an Sonn- und Festtagen, abgesehen von den Zeiten des stärksten Verkehrs, wenn auch nicht ganz einzustellen, so doch wesentlich einzuschränken. Es ist in Aussicht genommen, nach Beendigung der nöthigen Vorbereitungen in diesem Sinne weiter vorzugehen.

In Folge des von sozialistischer Seite unternommenen Versuches, die Begehung des 1. Mai als Arbeiter-Feiertages wenigstens durch die in Berlin Brauereien und Fassbinder beschäftigten Böttcher durchzusetzen, ist ein Kampf zwischen den Brauereien und einer Anzahl ihrer Arbeiter entzündet worden, für den die Leiter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verantwortlich zu machen sind. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung sozialistischer Böttcher wurde angekündigt, die Gewerkschaft sei im Verhältnis zu anderen Berufen gut organisiert und habe die Verpflichtung, bahnbrechend vorzugehen. Da der Kampf wohl kaum sich umgehen lasse, mußte man gleich an die Unternehmungerschaft das Verlangen richten, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Und diese Versammlung beschloß dem auch einstimmig, etwaige Maßregeln der Kollegen durch die Forderung des Achtstündentages beantwortet zu werden. Die unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehenden Berliner Böttcher haben — im Gegensatz zu der Parole der Parteileitung, welche sich für Auslassen der Arbeit am 1. Mai nur in den Fällen erklärt hatte, wo die Interessen der Arbeiter dadurch nicht verletzt würden — am 1. Mai gefeiert, obgleich die Brauereien erklärt hatten, daß die Arbeiter, die am 1. Mai vertragsmäßig feierten, erst am 7. Mai zur Arbeit wieder zugelassen werden würden. Daraufhin proklamirte die sozialdemokratischen Gefellen den Generalstreik, um folgende Forderungen durchzusetzen:

„Erstlich: der Wochenlohn wird auf dreißig Mark erhöht; zweitens: die Arbeitszeit wird auf neun Stunden herabgesetzt; drittens: Stillarbeit in Brauereien ist gänzlich verboten; ferner: sämtliche Arbeiter dürfen nur durch das Arbeitsnachweibureau der Böttchergesellen bezogen werden; viertens: am 1. Mai bleibt die Arbeit ruhen.“

Ueber die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hier in Frage kommenden Böttcher wird dem „B. Z.“ aus den Kreisen der Brauereibesitzer geschrieben:

„Man mag ein besonderes Mitgefühl mit den „Proletariats“ haben, mit den Leuten, die mühselig um ihr tägliches Brod kämpfen müssen, das ihnen nach dem ehernen Lohngefeß „höchstens das dürftigste Maß von Einkommen gewährt, um sich und die Familie vor dem Hungertode zu bewahren.“ Indessen in den Blättern liest man Anforderungen: „Böttcher für Berliner Brauereien gesucht“, und da wird den Gefellen ein Wochenlohn von mindestens 27 Mark bei 9½ Stunden Arbeitszeit täglich, Ueberstunden mit 60 Pf. und außerdem täglich mindestens vier Liter Freibier zugesichert. Das ist der Mindestlohn, den heute ein Böttchergeselle in Berliner Brauereien oder Fassbinder erhält. In vielen Brauereien ist der Lohn 29 Mark wöchentlich, das Freibier aber erreicht fast allenfalls sechs Liter oder auch acht Liter und ist in vielen Brauereien überhaupt nur beschränkt, so daß ein Böttcher für drei oder vier Mark täglich ganz hier vertritt. Solche Arbeiter wird man schwerlich als Hungerleider bezeichnen können.“

Gegen die Niddorfer Vereinsbrauerei ging die Sozialdemokratie zunächst vor, weil sie Arbeiter, die am 1. Mai gefeiert hatten und nicht damit einverstanden waren, daß sie nunmehr erst am 7. Mai wieder eingestellt werden sollten, entließ, wurde sie von den Sozialisten boykottirt.

In einer auch in unserem Blatt veröffentlichten Erklärung hat der Verein der Berliner Brauereien sich mit der Niddorfer Brauerei solidarisch erklärt und, im Fall der Boykott am 15. Mai nicht aufgehoben ist, beschlossen, daß die sämtlichen Brauereien ihren Betrieb einschränken, 20 Prozent ihrer Arbeiter entlassen, und zwar in erster Reihe die Urheber des Böttcherstreiks nicht wieder beschäftigen, sodann aber den vom Verein unterhaltenen Arbeitsnachweis für Böttchergesellen aufheben werden. Bei dem Kampf, den die Sozialisten mutwillig heraufbeschworen haben, handelt es sich nicht um Verbesserung der Arbeitsbedingungen sehr schlecht gestellter Arbeiter, sondern um den eigenjüngsten Versuch verhältnismäßig gut situirter Arbeitnehmer, für den Weltfeiertag der Arbeiter zu demonstrieren. Sollten Arbeiter in diesem Kampf Schaden davontragen, so können sie sich bei den Agitatoren bedanken, welche sozialistischer und „Jeliebender“ sein wollen, als die Leitung der sozialdemokratischen Partei selbst.

Auf der kaiserlichen Werk in Kiel stehen, wie dem „B. Z.“ von dort gemeldet wird, große Arbeiterentlassungen bevor. Die Werftdivision hat solchen folgenden Tagesbefehl in allen Werftstätten anhängen lassen: „Die Werk sieht sich genöthigt, weil ihr entsprechend weniger Geldmittel zur Verfügung stehen, noch weitere Entlassungen vorzunehmen. Es erscheint wünschenswerth, daß diejenigen Arbeiter, welche so wie so die Absicht haben, in der nächsten Zeit den Werftdienst zu verlassen, schon jetzt kündigen, damit die Werk die hier anfallenden Arbeiter, die eine Familie haben, nach Möglichkeit im Dienst behalten kann.“ Die von einem Theil der Arbeiter erbetene Verklärung der Arbeitszeit hat die Werftdivision abgelehnt und die Beten an das Reichs-Marine-Ministerium verwiesen. Die Ablehnung erscheint um so bezeichnender, als bereits auf der kaiserlichen Werk in Danzig eine Verklärung der Arbeitszeit eingetreten ist, um einer Massenentlassung vorzubeugen.

Der Gesandte in Kopenhagen, Frhr. von den Bränden, wird während seines zweimonatlichen Urlaubs durch den Attache Herrn v. Trentler in der Führung der geschäftlichen Geschäfte vertreten werden.

Wie verschiedentlich berichtet wird, geben die Ministerien mit der Absicht, das bei ihnen allmählich zu unheimlichem Umfang gezelebene Schreibwerk wenigstens in etwas einzuschränken. Ein solches Vorgehen wird überall und nicht zum Mindesten von den Steuerbehörden, welche dadurch die Staatsausgaben einer Verminderung entgegengeführt sehen, freudig begrüßt werden. Es kann nur gewarnt werden, daß auch anderwärts in Zukunft auf das Schreibwerk nicht mehr so viel Gewicht wie bisher gelegt wird. Namentlich gilt dies für die Abfassung von Gesetzen, welche den Arbeitgebern Pflichten auferlegen. Wenn man die betreffenden Verhältnisse nicht mit eigenen Augen gesehen hat, so kann man sich kaum eine Vorstellung von den Mäßen machen, welche das durch die neueren Gezege vorgeschriebene Schreibwerk den Unternehmern auch nur mittlerer Betriebe macht. In großen Betrieben ist ein ganzer Stab von Beamten zur Bewältigung dieser Arbeiten angestellt, aber auch in mittleren werden jetzt vielfach schon eigene Beamte damit betraut. Soweit es sich dabei um das Arbeiterverordnungswesen handelt, mag ja der größere Theil der Schreibarbeit unentbehrlich sein, weil dadurch die Grundlagen von Entscheidungen getroffen werden, welche sich auf schriftliche Dokumente stützen können. Manche durch die Veränderung der Gewerbeordnung und die zu ihr erlassenen Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Schreibarbeiten aber dürfen sich bei näherem Zusehen als notwendig nicht herausstellen. Und gerade diese Arbeiten werden mit der Einführung der Sonntagsruhe für Zukunft und Handwerler noch vermehrt werden. Im Gezege ist nämlich vorgeschrieben, daß für die Arbeiten, welche an Sonn- und Festtagen auf Grund des § 105 Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgenommen werden, Listen angelegt werden, in welche die Zahl der beschäftigten Arbeiter, Beschäftigungsdauer und Arbeitsart einzutragen sind. Diese in Aussicht stehende Vermehrung des Schreibwerks wird vielfach als so lästig empfunden, daß das Verlangen sich regt, gemacht hat, der Bundesrath möchte auch hiervon Ausnahmen gestatten. Das geht nun nicht an. Nachdem das Gezege die Anordnung getroffen, muß sie auch, solange das Gezege in der gleichen Form besteht, zur Ausführung gebracht werden. Es wird sich aber das eigenbühmliche Verhältnis entwickeln, daß, während für die nach dem Gezege zulässigen Arbeiten die Anlegung eines Verzeichnisses nöthig werden wird, dies sich bei den auf Grund der Bundesratsvorschriften zulässigen Arbeiten erübrigen wird. Es wird also eine verschiedene Behandlung dieser Arbeiten eintreten. Jedenfalls sollte man darauf Bedacht nehmen, daß das Schreibwerk in den Privatunternehmungen nicht minder drückend empfunden wird wie in den Ministerien, wenigstens in Zukunft nicht noch neue Pflichten in dieser Beziehung den Arbeitgebern aufgesetzt, vielmehr die bisherigen soweit als möglich eingeschränkt werden. Auch das private Schreibwesen darf gewisse Grenzen nicht überschreiten.

Nachdem es nun erneut bestätigt worden, daß die vielbesprochene Gallerie des Grafen Schack in München bleiben wird, bemerkt die dortige Presse den Anlaß zu abermaligen Dankföngungen für Se. Majestät den Kaiser; so schreibt die „Allgem. Ztg.“:

„Das Haus Kaiser Wilhelms, umweilt des an die hellenische Kunstschöpfung gemahnenden Königsplatzes in den Propyläen, neben den Säulen, wo Richard Wagner unsterbliche Schöpfungen schuf, gegenüber der Werkstatt und Wohnung Meister Lenbachs, wo unser Reichsfürst in unvergesslichen Tagen die Andragungen seiner Münchener Verehrer entgegennahm — es könnte dies Haus des kaiserlichen Hauptes und Reichs und der Nation kaum eine erhabenerer Umgebung finden, als inmitten der Gedächtnisse von Geistesfürsten, wie sie in den Namen Bismarck und Schack, Wagner und Lenbach jeder Deutsche verehrt. Unter diesen Zeichen möge das Schack-Haus Kaiser Wilhelms, in welchem heute allwärts ein neues Symbol des unigen nationalen Bundes zwischen dem Süden und Norden des großen Germanienlandes willkommen gegeben wird, für und für fruchtbaren Segen ausströmen in die Herzen und Geister aller Kunstfreunde und aller deutschen Stammesgenossen!“

Der deutsche Landwirtschaftsrath hat sich

auf neue an den Bundesrath mit dem Ersuchen gewendet, eine gesetzliche Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse herbeizuführen. Der Landwirtschaftsrath stellt folgende Grundsätze auf, nach denen diese Regelung erfolgen soll:

1. Der immer mehr sich greifende Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter gefährdet nicht nur den landwirtschaftlichen Betrieb des einzelnen Arbeitgebers, sondern hat durch Schädigung der produzierten Nahrungsmittel und Schwächung der Leistungsfähigkeit des Grundbesitzes gemeingefährliche Ausbehnung angenommen; eine reichsgeföhlige Regelung dieser Frage ist deshalb erforderlich. 2. Die zivilgerichtliche Schadenersatzklage zur Verfolgung der verletzten Rechte des Arbeitgebers ist in fast allen Fällen bei der Verfolgung der Leistungsfähigkeit des Grundbesitzes erfolglos. 3. Das Vorgehen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Antritt, Fortsetzung und Aufhebung des Dienst- und Arbeitsverhältnisses muß durch sofort vollstreckbare Entscheidung der Ortspolizeibehörde geregelt werden, ohne der späteren richterlichen Entscheidung vorzugreifen. 4. Der böswillige Kontraktbruch sowie die Verleitung zu demselben sind strafrechtlich zu verfolgen und mit angemessenen Strafen zu bedrohen. 5. Eine Einbehaltung des Lohnes bis zu einem prozentualen Satz oder für eine bestimmte Zeitdauer ist dem Arbeitgeber bis zur Erfüllung des Kontraktes durch den Arbeiter bei vorher erfolgter Abmahnung gestattet.

**Schlochau, 10. Mai.** Wie die „Schlochauer Zeitung“ meldet, erhielten bei der am Dienstag stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreise Schlochau-Platow nach den bisherigen Ermittlungen Nitzungsbesitzer Hagenhoff (kons.) 5699, Redakteur von „Mösch-Sieglitz (Antisemit)“ 3213, Nitzungsbesitzer von „Pronzinski-Vogelung (Pole)“ 2477 und Stefan Neumann (Zentrum) 1856 Stimmen. Aus 3 Bezirken fehlten die Resultate noch, die jedoch an dem Ergebnis nichts ändern dürfen, so daß eine Stichwahl zwischen Hagenhoff und Pronzinski erforderlich ist.

**Frankfurt a. M., 10. Mai.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Belgrad meldet, verabschiedete die radikalste Partei angehörende Bevölkerung von Dobrinje (Kreis Litchke) gestern den Kreisverordneten und den Bezirkspräsidenten, welche sich auf einer Inspektionsreise befanden. Eine starke Wöthelung wurde sofort zur Befreiung der beiden Präskelen beordert.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 10. Mai.** Der Eisenbahn-Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm eine Zusatzklärung, den Frachtwertverkehr betreffend, zu dem internationalen Uebereinkommen vom Jahre 1890 an, wodurch der Beitritt einer noch größeren Anzahl von Staaten erleichtert werden soll. Der Handelsminister erklärte, der Entwurf eines allgemeinen Vorkauf-Gesetzes, welches weitgehende Bestimmungen bezüglich des Baues und des Betriebes von Vorkaufbahnen enthalte, sei bereits fertiggestellt und werde in der Herbst-Session eingebracht werden.

**Wien, 10. Mai.** Die „Pol. Kor.“ erzählt aus Belgrad, daß alle Nachrichten über einen bevorstehenden Ministerwechsel in Serbien vollständig erloschen sind. Das Schicksal des Ratsministers werde in den nächsten Wahlen zur Stupfina entschieden werden.

**Wien, 10. Mai.** Abgeordnetenhans. Die Abgeordneten Haase und Genossen interpellirten den Minister des Innern wegen der Ereignisse in Polnisch-Litauen und wegen des Konfliktes zwischen der Gendarmerie und der Arbeitererschaft in Jasskau an der Sger; sie verlangten zugleich Mittheilungen über die Zahl der Verwundeten und Todten, sowie über die Maßnahmen der Regierung. Bernerstorfer und Genossen verlangten dringlich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 20 Mitgliedern, welcher an Ort und Stelle über beide Vorfälle Erhebungen anstellen und schleunigst dem Hause Bericht erstatten sollte. Bernerstorfer beauptete, die Jasskauer Behörden hätten den Zusammenstoß durch wochenlange Verbote von Versammlungen heraufbeschworen. Die Todten und Verwundeten seien im Rücken, also während sie flohen, angefallen. Den Angehörigen der Todten sei der Zutritt zu den Leichen verweigert worden. Der Minister des Innern Marquis Vacquelin stellte fest, in Jasskau hätten 1000 Arbeiter in geschlossenem Zuge ein Werk zerstören wollen und gegen die zum Schutz beriefenen aufgestellten Gendarmerie eine drohende Haltung angenommen. Dadurch habe sich die Lage der Letzteren kritisch gestaltet, so daß sie zu ihrem eigenen Schutze von den Waffen Gebrauch machen mußten. Bernerstorfer sei nicht im Stande, sich in den Pflichten der zur Aufrechterhaltung der Ordnung verpflichteten Behörden, die nur im Falle der Nothwehr zu den äußersten Mitteln greifen, hineinzuweisen. (Beifall.) Hingichtlich des gestrigen Zusammenstoßes in Polnisch-Litauen stellte der Minister fest, daß die Gendarmen die Gendarmen durch Steinwürfe angegriffen hätten. Weitere Erhebungen über beide Vorfälle würden bereits angestellt; die strafgerichtliche Untersuchung sei eingeleitet. Er, der Minister, müsse den festigen Angriffen Bernerstorfers gegen die jenen Organe, welche das Leben und Eigentum Anderer verteidigen, entgegengetreten. Die Regierung sei verpflichtet, die gestörte Ruhe mit aller Mäßigkeit, aber mit größter Entschiedenheit wiederherzustellen, die Autorität der Gezege zu wahren, Leben und Eigentum zu schützen und auch jene zu schützen, die ihrem Erwerbe thätig nachzugehen wünschten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Durch eine solche Haltung diene die Regierung auch den Interessen der Arbeiter und erwarte hierbei eine Unterstützung seitens der Bevölkerung. Möge Jeder im Gegensaße zu den Antragstellern zur Verhütung der Gemüthlichkeit in seinem Kreise beitragen. (Beifall.) Abg. Graf Rannitz beklagte den Dringlichkeitsantrag Bernerstorfers. Der Abg. Bernerstorfer polemisierte heftig gegen die Ausführungen des Ministers, der die parlamentarische Untersuchung nur aus Furcht ablehne. Bernerstorfer schloß sich schließlich an das Ministerium mit der Bemerkung, daß die Zeit nahe sei, wo es wegen seiner Pflichtvergehen werde Rechenschaft ablegen müssen. Abg. Ruff betonte, daß Abgeordnetenhans sich nicht der Flüg zur Auslieferung der Volksmänner. Die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission sei ohne Gezegeverlegung unmöglich, da das Parlamentenmitgliedern keine Exekutiv zustehen. Die Mittheilungen der Regierung seien vertrauenswürdig, als die Erhebungen eines Abgeordneten. Bernerstorfer erbat um Ablehnung der Dringlichkeit.

Lueger meinte, wenn das Parlament nicht die Macht haben sollte, in derartigen Fällen eine Kommission zu entsenden, so möge es lieber nach Hause gehen. Er beantragte namentliche Abstimmung. Kaiser hielt eine Informirung inmitten der Arbeitererschaft für wünschenswerth. v. Zaleski erklärte im Namen des Polenklubs, derselbe lehne die Dringlichkeit ab in der Erwartung, daß die Regierung dem Hause die Ergebnisse der angeständigten Untersuchung mittheilen werde. (Beifall.) Darauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Ruff als Generalredner pro beauptete die geringe Sympathie des Hauses für die Arbeiterbestrebungen, insbesondere gegenüber der Wahlreform. Der Antrag Bernerstorfers sei nach der Geschäftsordnung unzulässig. Die Annahme desselben liege im Interesse des Hauses. Ruff mobilisirte den Antrag dahin, es sei nach § 30 der Geschäftsordnung ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß zu wählen. In namentlicher Abstimmung wurde hierauf die Dringlichkeit mit 162 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Der Antrag selbst wird gemäß der Geschäftsordnung behandelt werden. Sodann wurde die Sitzung unterbrochen.

**Wien, 10. Mai.** Der gestrige blutige Zusammenstoß zwischen Gendarmen und streikenden Kohlenarbeitern vor dem Witzgeßchen Dreifaltigkeitsschacht in polnisch Litauen ereignete sich mehr Opfer, als offiziell gemeldet wurde. Obgleich die Gendarmen nur dreizehnwanzig Schüsse abgaben, blieben zehn Arbeiter todt und fünfundsiebzig wurden schwer verwundet. Die Blätter werfen den schlesischen Behörden die zu späte Vernehmung des Militärs vor. Der traurige Vorfall dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel erhalten.

**Fraun, 10. Mai.** Die Gesamttagung im mädrigen Theile des Ostrauer Kohlenreviers ist im Allgemeinen unverändert. Die Gesamtzahl der Streikenden beläuft sich auf 4500. Die Ruhe ist nicht gestört worden.

**Fraun, 10. Mai.** Wegen der Exzesse anläßlich der Rosinski-Feier wurden verurtheilt: ein Angeklagter zu acht Monaten, vier Angeklagte zu drei bis sechs Monaten schweren Kerkers, drei Angeklagte wurden freigesprochen; mehrere Angeklagte wurden dem Bezirksgerichte überwiesen.

### Schweiz.

**Bern, 7. Mai.** Die gestrigen allgemeinen Wahlen im Kanton Bern haben die bisherige große Mehrheit der freisinnigen Partei im Großen Rath bestätigt und die Sozialdemokraten sind ganz und gar unterlegen, so daß sie für die nächsten Jahre nicht einmal ihre bisherige Vertretung mehr haben. Sie thun aber auch alles, um das Volk gegen sich aufzubringen, und ihrer Verführung, daß sie mit den Anarchisten nicht gemein haben, glaubt man nicht mehr.

Mit 39000 Stimmen gegen 29000 Stimmen hat das Berner Volk ein neues Volksentscheidungs-gesetz angenommen, das dem Staate eine jährliche Mehrausgabe von ungefähr 700 000 Franken für die Primarschule auferlegt.

Somit man aus der amtlichen Untersuchung über den Grenzvorfall von Postetresch vernehmen, fiel der erste Schuß des Nachwächters, der der Bahn noch auf italienischem Gebiete war; bezüglich des zweiten ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Auch im Kanton St. Gallen fielen jüngst die allgemeinen Wahlen in den Großen Rath zu Gunsten der Liberalen aus. Hier wird also das bisherige eigenbühmliche Verhältnis, daß die Liberalen die Mehrheit im Großen Rath besitzen, während die Mehrheit in der Regierung aus Vertrauensmännern der konservativ-demokratischen Gruppe besteht, fortbauern, wenigstens bis zu den nächsten Regierungsrathswahlen.

### Belgien.

**Lüttich, 9. Mai.** In den beiden Anarchisten-Affären und Franziss machte die Polizei einen wichtigen Fang. In der Wohnung des ersten wurden Mägel und Eisenstücke gefunden gleich denen, welche die Dynamitbombe am Hause des Doktors Renon enthielt. Bei Franziss fand man größere Mengen Sprengstoff. Beide verweigern jede Angabe der Herkunft dieser Gegenstände. Mehrere Zeugen erkennen in Anstoth und Franziss die beiden Männer, die unmittelbar nach der Explosion flohen; doch leugnen die Verhafteten. Die Regierung beschloß die Einleitung eines anarchistischen Massenprozesses, worin über 100 Angeklagte erscheinen sollen.

### Großbritannien und Irland.

**London, 10. Mai.** Der Premierminister Lord Rosebery sprach gestern Abend im liberalen Klub über die für heute Abend im Unterhause zu erwartende Abstimmung über das Budget und erklärte, die Regierung würde, wenn sie auch nur zwei Stimmen Majorität erhalte, den Kampf gegen die Opposition bis ans Ziel fortsetzen.

Das „Austereur Bureau“ meldet aus Bombay: Nach einem Telegramm aus Agra brach daselbst eine Militärrevolte aus wegen der Verletzung einer Abtheilung des dreizehnten aus Eingeborenen bestehenden Infanterie-Regiments in Bengalen zum siebzehnten Regiment und wegen der Verdröberung dieser zum siebzehnten Regiment kommandirten Soldaten. Zwei Kompanien des siebzehnten Regiments rotteten sich zusammen und protestirten gegen die getroffenen Maßregeln, welche sie als Verletzung ihrer Rechte bezeichneten. Die Führer der Revolte wurden festgenommen. Die beiden Kompanien rotteten sich von Neuem zusammen, verlangten die Freilassung ihrer Führer und wurden deshalb internirt.

**London, 10. Mai.** Die „Times“ fordern heute den Präsidenten des Handelsamts, Mundella, auf, anläßlich der Angelegenheit der New-Zealand-Voan-Agency-Company zu demissioniren.

### Rußland.

**Petersburg, 9. Mai.** Bezüglich der Rede des Ministerpräsidenten Crispi in der italienischen Deputirtenkammer führt das „Sourn. de St. Peters.“ an, die Parlaamente liebten es, daß man ihnen vor Augen führe, welche großen Antheil ihr Land an der Regelung der Weltbegebenheiten gehabt habe. Die Vorgegründete der parlamentarischen Strategie machten zuweilen eine derartige Haltung erklärlich, die aber nicht immer frei von Inkonsistenzen bleibe. Sie rufe ihrerseits heftige Polemiken nach, wodurch die Lage verkompliziert werden könnte, die man von jeder anderen Seite zu beschwichtigen suche. Das „Journal“ fährt also fort: „Man könnte ohne Zweifel über einige Behauptungen in der Rede Crispi manches sagen, wäre es auch nur über die

Stelle, wo der Redner behauptete, Rußland hätte 1854 Europa angegriffen. Wir ziehen es aber vor, uns über diesen, wie über manchen anderen Punkt der Rede einer Erörterung zu enthalten, und das um so mehr, als nach einiger Zeit von diesen reberischen Abweichungen wenig übrig bleibt, und das kann man ruhig abwarten.“

**Petersburg, 10. Mai.** Im Reichsrath wird ein Gesetz vorbereitet, wonach Nationalrußen, welche sich in den westlichen Gouvernements ankaufen wollen, 75 Prozent des Wertes des anzukaufenden Landes vorgezogen erhalten.

**Petersburg, 10. Mai.** Das heilige Wörse-Komitee erklärte den 22. April/4. Mai als Tag der Eröffnung der hiesigen Schifffahrt. Auch in Archangel ist die Schifffahrt eröffnet.

### Bulgarien.

**Sofia, 9. Mai.** Wie die Blätter melden, ist die zwischen der Türkei und Bulgarien schwöbende Frage betrefis der Pässe für die nach der Türkei reisenden Bulgaren in freundschaftlicher Weise zur Lösung gelangt.

### Amerika.

**Buenos-Ayres, 10. Mai.** Aus Peru ein getroffene Nachrichten melden, daß Caceres zum Präsidenten der Republik gewählt worden ist.

**Washington, 10. Mai.** Dem Senate wurde gestern eine Korrespondenz über die Samoafrage vorgelegt. Diefelbe enthält ein Schreiben des Staatssekretärs Gresham, in welchem ausgeführt wird, die Vereinigten Staaten hätten wiederholt das Protektorat über Samoa abgelehnt und dem Vertrag von 1878, mehr aus Gefälligkeit, als aus Interesse zugestimmt. Samoa sei voller Gefahr für die Sicherheit und Wohlfahrt Amerikas, welches vergebens nach einem Vorfall suche, der für diese Gefahr Entschädigung gewähre. Amerika habe den Eingeborenen nicht zu helfen vermocht und habe seine eigenen Interessen nicht gefördert. Die gegenwärtige Einrichtung bilde in Wirklichkeit eine dreitheilige fremde Regierung. Amerika habe davon nur Kosten, Verantwortlichkeit und Berwickelungen gehabt. Der Berliner Vertrag habe durchaus seinen Zweck, die Uebelstände zu beseitigen, welche man hinarzuhalten suchte, verfehlt; er habe die Uebelstände eher verschlimmert.

### Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 11. Mai.** Wiederherstellung der St. Jakobskirche. Von dem Herrn Oberpräsidenten v. Buttkamer ist dem Gemeindefiskus von St. Jakob die Genehmigung zu einer Hausammlung für Stettin erteilt worden, deren Ertrag für eine würdige Wiederherstellung der durch die Katastrophe vom 12. Februar schwer heimgegriffenen Kirche verwandt werden soll.

Das Elysium-Etablissement wird an den Pfingstfeiertagen wieder eröffnet und wenn auch die Porten des Theaters geschlossen bleiben, so dürfte der große, schattige Garten doch fernerhin immer noch ein beliebter Aufenthaltsort für Familien bleiben, um so mehr, als der Inhaber der Restauration, Herr Apmann, die Gewähr giebt, daß ihr leibliche Erquickung auf das Beste gefordert ist. Aber auch an musikalischer Unterhaltung wird es nicht fehlen, indem an allen drei Festtagen große Doppel-Konzerte stattfinden, zu denen sich die Stabtheater-Kapelle und eine renommirte Tyroler Sönger-Gesellschaft vereinen. Um Familien den Besuch zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis sehr niedrig gestellt.

Ein unverwundter Ausgung nahm die gestrige Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fischer Karl Friedrich Wilhelm Veltner aus Albeck, dem Unterschlagung, Verleitung zum Meineid und wissenschaftlicher Fälschung zur Last gelegt wurde. Der Angeklagte war Mitglied des Schweinmüher-Vorshufvereins und als solcher erhielt er am 2. Juli 1891 auf seinen Antrag ein Darlehen von 600 Mark gegen einen von ihm angestellten Wechsel. Da sogleich bei der Auszahlung Zinsen und Wechselstempel in Bezug gebracht wurden, sollte er nur 590,70 Mark erhalten, er bekam jedoch durch ein Versehen des Rentanten 600 Mark mehr, und zwar nach Angabe des Rentanten 400 Mark, während der Angeklagte behauptete, das Aus habe nur 200 Mark betragen. Die restlichen 200 Mark des in der Kasse des Schweinmüher-Vorshufvereins durch den Rentanten am 2. Juli 1891 festgestellten Mantos von 400 Mark bildeten den Gegenstand eines demnach von Ossig gegen Veltner angestrengten Zivilprozesses, der schließlich damit endete, daß V. am 24. April 1893 vor dem hiesigen Landgericht einen ihm auferlegten Eid des Inhalts leistete: er habe von dem Rentanten Ossig an dem in Frage kommenden Tage nicht mehr als 790,70 Mark ausgezahlt erhalten. Die Anklage behauptete nun, gestützt auf die Angaben des Ossig, sowie einer Zeugin, die bei der Auszahlung des Geldes im Kassenzimmer des Vorshufvereins zugegen war, V. habe in der That 990,70 Mark, also nicht 200 sondern 400 Mark mehr, als ihm zutrafen, erhalten. Daran schloß dann ohne Weiteres, daß der Angeklagte 200 Mark unterschlagen und den ihm auferlegten Eid falsch geschworen haben müßte, also sollte er im Laufe des Jahres 1891 es unternommen haben, die erwähnte Zeugin, Wäbnerfrau Tiews, zur Abgabe eines falschen Zeugnisses zu bewegen. Im Laufe der gestrigen Verhandlung wurde jedoch festgestellt, daß hinsichtlich der Entziehung des Mantos in Betreff der unter Beweis gestellten Auszahlung von 9 Hundertmarktheilen ein Irrthum der beiden Hauptbelastungszeugen nicht nur möglich, sondern sogar sehr wahrscheinlich sei, und verzichtete deshalb der Gerichtshof im Einverständnis mit den Prozeßbeistellenden auf jede fernere Beweisannahme. Der Staatsanwalt plädierte selbst für Verurteilung der Schuldfragen und lautete der Spruch der Geschworenen demgemäß auf Nichtschuldig. Der Angeklagte, der sich übrigens nicht in Haft befand, wurde in Uebereinstimmung mit diesem Verdict freigesprochen, und schloß sodann der Prozeßende die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode mit Worten des Dankes für die Mithaltung, der sich die Geschworenen im Interesse der Rechtspflege unterzogen haben.

Während der gestern beendeten dritten diesjährigen Schwurgerichtsperiode fanden an 9 Sitzungstagen 13 Verhandlungen statt, von denen 5 mit Freisprechung endeten, 2 wurden verurteilt, das Gericht fällte 2 Todesurtheile, im Uebrigen wurden an Strafen insgesamt 2 Jahre Zuchthaus und 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, als niedrigste Strafe 4 Monate Gefängnis verhängt. Bei den zur Aburtheilung gekommenen Strafsachen

handelte es sich um Mord in 2 und um Mord in 4 Fällen, ferner in je einem Falle um Urkundenfälschung, räuberische Erpressung, verurtheilten Raub, Kindesraub und Mord.

Die Anweisung zur Ausführung des Kommunalabgabengesetzes ist von den Ministern des Innern und der Finanzen festgestellt. Sie wird demnach den beteiligten Behörden zugehen. Und zwar liegt es in der Pflicht, nicht nur den mit der Durchführung des Gesetzes beauftragten Staatsbehörden, sondern allen Gemeinden die Anweisung zugänglich zu machen. Dabei ist in erster Linie die Rücksicht auf die Ueberlieferung der jetzigen Ordnung der Kommunalabgabeverhältnisse in die durch das Kommunalabgabengesetz vorgeschriebene Ordnung der Dinge entscheidend. Bekanntlich ist einer der Hauptzwecke des Kommunalabgabengesetzes der, der in staatlichen wie in kommunalen Interesse gleich bedeutenden Ueberwindung der Personalfürsorge für Gemeindefürsorge ein Ende zu machen, indem den Kommunen die Finanzierung der anderen für Kommunalbeförderung vornehmlich geeigneten Steuerquellen freigegeben ist. Dies erfolgt verfolgt den Zweck, die sachgemäße Anweisung jener Steuerquellen, vor Allen der Realsteuern, herbeizuführen, und so nicht allein der übermäßigen Veranachlässigung der Personalfürsorge für Gemeindefürsorge vorzubeugen, sondern auch den Grundsatz fester Abgrenzung der Staats- und der Gemeindefinanzen zu ermöglichen. Welche Ziele werden bei richtiger Behandlung der vom Staat für die kommunale Beförderung freigegebenen Steuern im Gesamtergebnisse von rund 102 Millionen Mark im Jahre leicht zu erreichen sein. Die richtige Behandlung dieser Quellen namentlich für die Zeit des Ueberganges von dem jetzigen zu dem vom 1. April 1895 als gültigen System der Kommunalbeförderung herbeizuführen, ist die Hauptaufgabe der ministeriellen Ausführungsanweisung. Dieselbe wird zu diesem Ende nicht nur eine genaue Zusammenstellung dessen enthalten, wozu die Gemeinden gesetzlich verpflichtet oder nur berechtigt sind, sondern auch eine durch Schemata erläuterte Instruktion für die formell richtige Ausgestaltung der nach dem Kommunalabgabengesetz zulässigen besonderen Steuern, indirekten Steuern, Hundesteuer, besonderen Real- und Einkommensteuern, Bauplatzsteuer u. dgl. enthalten.

## Stadtverordneten-Sitzung vom 10. Mai.

Die Tagesordnung umfaßte 41 Positionen und dehnte sich die Verhandlung in Folge dessen ziemlich lange aus. Eine Vorlage des Magistrats wegen Nachbewilligung von 5245,80 Mark für Mehrausgaben an Jinsen für schwebende Schuld, welche ohne Debatte angenommen wird, giebt der Finanzkommission Veranlassung zu der Anfrage an den Magistrat, wie weit die Angelegenheit des Privilegiums der neuen Anlage liege.

Herr Rämmerer Matting erklärt darauf, daß der Antrag auf Ertheilung des Privilegiums, nachdem der Bezirksausschuß im August v. J. seine Zustimmung erteilt, an das zuständige Ministerium abgegeben sei. Von dort sei erst am 12. März d. J. die erste Nachricht eingetroffen, nach welcher das Ministerium Ausstellungen gemacht, indem es die Vorlage nicht für genügend vorbereitet hielt. Es seien davon 18 960 800 Mark an Bedarf ausgerechnet, aber nur 15 Millionen beantragt. Das Ministerium habe nicht berücksichtigt, daß in der Vorlage auf Erparnisse gerechnet sei, welche durch die geringeren Kostenanschläge annehmen seien. Das Ministerium verlangt eine präzisere Aufstellung der Ausgaben, damit nachgewiesen werde, daß die beantragten 15 Millionen Mark zur Deckung derselben ausreichen. Das betreffende Schreiben enthält auch einen Hinweis, daß der betreffende neue Hofbau von der Stadt mit der Eisenbahn-Direktion geschlossene Vertrag die Bestätigung nicht erhalten habe, auch beruhe die Vorauszahlung der neuen Anlage für die Hofbauten auf der Voraussetzung, daß die Vertiefung des Fahrweges Stettin-Swinemünde auf 7 Meter Wassertiefe erfolge, das sei aber noch fraglich.

Auf Veranlassung des Magistrats hat demnach die Tiefbau-Deputation die Kostenanschläge betr. der Hofbauten nach den durch Abschluß der Verträge entstandenen Ersparnissen abgeändert. Am 24. April ist sodann eine neue Vorlage an die königliche Regierung abgegeben. In dem beigefügten Schreiben ist mit Bezug auf die Hofbauten erwähnt, daß dieselben seitens der städtischen Behörden in Angriff genommen und damit der Beweis geliefert sei, daß an dem besten Willen der städtischen Behörden nicht gekürzt werden könne, daß dieselben den übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfange nachkommen wollen. Auch in Betreff der Vertiefung des Fahrweges Stettin-Swinemünde sei die Lage eine andere geworden. Nachdem die Angelegenheit in der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Sprache gebracht, sei anzunehmen, daß dieselbe bei der Regierung wohlwollende Berücksichtigung finden werde. In der neuen an die königliche Regierung gerichteten Vorlage seien die Kosten insgesamt auf 15 045 800 Mark berechnet. Damit ist die Anfrage erledigt.

Einer Vorlage des Magistrats gemäß stimmt die Versammlung einem mit den Herren Vorstehern der Kaufmannschaft geschlossenen Abkommen zu, wonach die Stadt am Bollwerk vier bewegliche Wellblechbuden zum Aufenthalt für die Waagefamilianten erbaut, für

welche die Kaufmannschaft 6 Prozent des Anlagekapitals an Miete zahlt. Die Kosten mit 2800 Mark werden bewilligt.

Herr Dr. Kollisch fragt an, warum sich die Kosten so hoch belaufen, obwohl er wisse, daß die Submittenten bedeutend billiger gewesen seien.

Herr Baurath Krause entgegnet, daß der Zuschlag noch nicht erteilt sei und sich die Kosten um circa 300 Mark ermäßigen würden.

Herr Bernhödt hält den Projekt von 6 Prozent für zu niedrig und beantragt dafür 8 Prozent zu fordern.

Herr Petermann stimmt dem zu und meint, daß die städtischen Arbeiten oft nach außerhalb gegeben würden, obwohl in Stettin leistungsfähige Submittenten vorhanden seien. Ein solches Verfahren erscheine immer verdächtig.

Herr Baurath Krause entgegnet, daß unter den drei Mindestforderungen sich kein Stettiner Submittent befand und die Deputation nach den Submissionsbedingungen an die Gebote der drei Mindestforderungen gebunden sei.

Die Magistratsvorlage wird angenommen, die übrigen Anträge abgelehnt.

Für ein in dem neu zu erbauenden Sitzungs-saale der hiesigen Kaufmannschaft anzubringendes Stadtwappen in Glasmalerei werden 60 Mark bewilligt.

Ueber die Vorlage des Magistrats auf Zustimmung zu der vom Magistrat entworfenen Petition an den Herrn Finanzminister betreffend die Vertiefung der Oder und Verbreiterung des Finow-Kanals, deren Vorlaufe wir bereits mitgeteilt haben, referiert Herr Hofrichter und empfiehlt dieselbe zur möglichst einstimmigen Annahme, nachdem er einige unwesentliche Abänderungen beantragt hat.

Herr Dr. Kollisch erinnert daran, daß Herr Geh. Rath Haker früher gekündigt habe, „an den Finow-Kanal dürfte man keinen Spatenstich wagen“. Diese Aeußerung stehe im Widerspruch mit dem Vorlaufe der vorliegenden Petition, in welcher für Verbreiterung des Kanals eingetreten wird.

Herr Geh. Rath Haker entgegnet, daß er früher gekündigt habe, es sei zweifelhaft, ob der Finow-Kanal in der Weise ausgebaut werden könne, daß er dem vorhandenen Bedürfnis genüge. Sei dies nicht der Fall, so sei die Errichtung von anderen Kanalverbindungen vorzuziehen. Zunächst sei es zweifellos, daß darüber noch nähere Erhebungen angestellt werden, ehe an die Verbreiterung des Finow-Kanals gegangen würde.

Herr Dr. Kollisch hält seine Bedenken nicht für beseitigt, es sei in keiner Weise nachgewiesen, daß der Finow-Kanal die beste Verbindung der Oder mit Berlin bilde. Redner hält die Verbreiterung desselben auch für kostspieliger als die Neuherstellung eines Kanals nach Köpenick, der dann zu einer Verbindung mit der Elbe verknüpft werden könne. Redner beantragt, die Petition nochmals in einer gemischten, durch Sachverständige aus der Bürgererschaft verstärkten Kommission vorzubereiten.

Herr Baurath Krause entgegnet, daß man dem Minister keine bestimmten Vorschriften machen, sondern nur darauf hinweisen könne, daß eine Wasserbindung mit Berlin sehr nötig sei.

Herr Geh. Rath Haker ist derselben Ansicht, man müsse erst die näheren Untersuchungen über Erweiterungsfähigkeit des Finow-Kanals und die dem entsprechenden Entscheidungen des Herrn Ministers abwarten.

Herr Dr. Almelung glaubt, daß der Antrag des Herrn Dr. Kollisch dem Irrthum entspreche, daß dieselbe angenommen habe, in der Petition sei der Finow-Kanal als die beste Wasserbindung anderen Kanälen gegenüber hingestellt. Dies sei aber nicht der Fall, sondern die ganze Petition habe nur den Zweck, die Regierung aufzufordern, von den bisherigen Versprechungen zu Haten abzugeben. Erhalte Stettin keine finanzielle Unterstützung, so geht sie mit ihren Finanzen dem Ruin entgegen. Der wichtigste Punkt für Stettin sei, daß von der Regierung dem Landtage eine Vorlage wegen Vertiefung des Fahrweges Stettin-Swinemünde eingebracht werde, die Verbindung für die Binnen-schiffahrt komme erst in zweiter Linie in Betracht.

Herr Greffrath tritt dem Antrage des Herrn Dr. Kollisch bei. — Nachdem letzterer nochmals seinen Antrag eingehend empfohlen, schlägt der Referent vor, in der Petition den Satz „Verbreiterung des Finow-Kanals“ in „Wasserbindung mit dem Binnenlande“ zu ändern.

Herr Ritschl schlägt die Aenderung dahin vor, eine bessere Wasserbindung der unteren Oder mit der Spree und Elbe herzustellen.

Herr Malteewitz bedauert, daß der Magistrat die Ausarbeitung dieser so wichtigen Petition nicht in gemischter Kommission vorgenommen habe, er hätte müssen Stadtverordnete zuziehen.

Der Vorsitzende Herr Dr. Scharlau macht darauf aufmerksam, daß dies thätigst geschehen sei, indem er (der Vorsitzende) und der Geh. Rath Haker der Beratung des Magistrats beigezogen haben, demgegenüber giebt Herr Malteewitz zu, daß die Kommission dann allerdings gemischt war (Heiterkeit), aber trotzdem sei eine weitere Vorberatung dringend nothwendig.

Nach einer weiteren Debatte wird bei der Abstimmung die Petition mit der von

Herrn Ritschl beantragten Aenderung angenommen.

Herr Dr. Almelung referiert über einen von der Finanzkommission gestellten, als dringlich anerkannten Antrag, daß der Entwurf der neuen Gemeindefürsorge-Ordnung für Stettin in der Versammlung so zeitig zugehen möge, daß dessen Feststellung noch vor Eintritt der Ferien erfolgen könne. Die Versammlung solle sich gleichzeitig bereit erklären, vor der Beratung im Plenum in einer gemischten Kommission mit dem Magistrat über die Angelegenheit zu verhandeln und die Finanzkommission zu Mitgliedern dieser Kommission zu ernennen. Der Referent hält es für die höchste Zeit, daß der Angelegenheit näher getreten werde, da bis zum 1. April 1895 die neue Gemeindefürsorge-Ordnung fertiggestellt sein müsse und die Beratung in der Versammlung durch eine Vorberatung in gemischter Kommission wesentlich vereinfacht werde.

Herr Rämmerer Matting ist der Ueberzeugung, daß der Magistrat, dem der Antrag der Finanzkommission noch nicht vorgelegen habe, diesen mit Freuden begrüßen werde. Was die Sache selbst betreffe, so sei dieselbe deshalb verzögert, weil die Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers noch nicht eingegangen seien.

Herr Dr. Graßmann hält die Sache nicht für sehr eilig, da eine Beratung der gemischten Kommission doch nicht erfolgen könne, so lange die Ausführungsbestimmungen nicht eingegangen seien. Für das nächste Jahr müsse doch ein vorläufiger Etat aufgestellt werden. Redner beantragt daher, die Angelegenheit bis nach den Ferien zu verschieben.

Herr Rämmerer Matting giebt zu, daß ohne die ministeriellen Ausführungsbestimmungen eine Beratung der gemischten Kommission nicht stattfinden könne, trotzdem bitte er, die Sache nicht hinauszuverschieben, denn die Ausführungsbestimmungen müßten demnach eintreffen.

Nach einem Schlußwort des Referenten wird der Antrag der Finanzkommission mit großer Majorität angenommen.

Für die bakteriologische Untersuchung der Fäkalien und des Rohwassers der städtischen Wasserleitung werden 1200 Mark bewilligt, und zwar soll bis zum 2. Oktober d. J. jeden zweiten Tag eine Untersuchung durch das Institut von Mecke u. Wimmer erfolgen, und glaubt die Wasserleitungs-Deputation, daß dadurch die beste Prüfung der Reinrichtungen bei der Wasserleitung vorgenommen werden könne.

Herr Malteewitz fragt bei dieser Gelegenheit an, wie weit die Angelegenheit der Versorgung der Stadt mit Quellwasser gegeben sei.

Herr Stadtrath Kabbow entgegnet, daß die Vorbereitung wegen der nötigen Verhandlungen mit Abjunkten längere Zeit gedauert hätte, daß aber der Unternehmer verpflichtet sei, spätestens am 23. d. M. mit den Bohrungen zu beginnen.

Gelegentlich der Bewilligung der Kosten für die Theilung einiger Schulklassen fragt Herr Kellm an, wie weit die Angelegenheit des Baues der Gemeindefürsorge-Doppelschule in der Stollingsstraße vorbereitet sei.

Herr Baurath Meher erwidert, daß das spezielle Projekt in nächster Sitzung zur Vorlage gelangen werde.

Der Magistrat hat eine Vorlage eingereicht, daß in Aufrechterhaltung des bisherigen Verfahrens und um event. für beide Theile unangenehme Streitigkeiten im Verwaltungsfreiverfahren zu vermeiden, das Gesetz vom 11. Juli 1822 und die Allg. Rabinets-Ordre vom 14. Mai 1832 betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindefürsorge-Angelegenheiten in Anwendung gebracht wird a) auf alle städtischen Angestellten, welche in die dem Etat alsbaldig vorgeordnete Nachweisung der Magistratsbeamten aufgenommen sind, b) auf diejenigen ärztlichen, pharmazeutischen und technischen Angestellten, welche in eintägigen Stellen des Ordinariats sich befinden und namentlich aufgeführt sind. Der Magistrat bittet die Versammlung, der Vorlage zuzustimmen.

Als Referent der Finanzkommission empfiehlt Herr Ritschl Ablehnung der Vorlage, da der Steuerertrag nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen erfolgen könne und das vom Magistrat vorgeschlagene Vorgehen unzulässig sei. Die Versammlung lehnt mit allen gegen eine Stimme die Magistratsvorlage ab.

Der Magistratsvorlage gemäß genehmigt die Versammlung, daß die dem Polizeikommissar gehörige Kassenkassette 51 am Paradeplatz an den Maurermeister Ried für den Preis von 13 437 Mark zum Abbruch verkauft werde und daß das hieron nach dem 3. J. geltenden Flächlinienplan zur Straße entfallende Terrain der Stadtgemeinde Stettin kosten-, lasten- und pfandfrei überlassen werde.

Gelegentlich der Staatsberatung wurde die Frage angeregt, ob die Einführung einer steno-graphischen Berichterstattung der Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlungen nicht ohne sehr erhebliche Kosten zu ermöglichen wäre und wurde der Magistrat um Rückäußerung darüber ersucht, diese liegt jetzt vor und geht dahin, daß der fragliche Nutzen der stenographischen Berichte nicht einer demartigen Ausgabe von mehr als 4000 Mk. jährlich entspräche.

Die Finanzkommission, in deren Namen Herr Tieck referiert, hält daran fest, daß die stenographische Berichterstattung von Nutzen sei, diese betrefte, daß Berlin und Breslau die Einrichtung seit Jahren haben. Der Kostenpunkt sei

vom Magistrat zu hoch veranschlagt, denn der Vorlesende eines hiesigen Stenographen-Vereins habe sich bereit erklärt, für 60 Mark pro Sitzung die stenographischen Berichte zu übernehmen. Die Finanzkommission beantragt, den Magistrat zu ersuchen, mit hiesigen Stenographen in Verbindung zu treten, ob und zu welchen Bedingungen dieselben die stenographischen Berichte anfertigen würden. Demgemäß beschließt die Versammlung.

In der Bauverwaltung hat der Magistrat wieder einige Veränderungen beschlossen und bittet um Genehmigung derselben. Es soll 1. an Stelle des ausgeschiedenen zweiten Stadtbauamteilers für Baupolizei ein zweiter Stadtbauamteiler für den Hochbau angestellt werden, das Gehalt desselben soll dem Antrage der Hochbau-Deputation entsprechend auf 4800 Mark bis 6000 Mark — steigend wie bisher von 3 zu 3 Jahren um 200 Mark — festgesetzt werden. Es soll jedoch der Titel „Stadtbauamteiler“ beibehalten und eine einjährige Probebedienstung verlangt werden; 2. soll ein zweiter Bau-Assistent mit der Qualifikation als Baugewerksmeister angestellt werden mit einem Gehalt von 2400 bis 3600 Mark, von 3 zu 3 Jahren um 200 Mark steigend. Die Anstellung soll nach einjähriger Dienstzeit erfolgen.

Herr Tieck als Referent empfiehlt namens der Finanz-Deputation Annahme der Vorlage, demgemäß beschließt die Versammlung.

Von der Nachweisung der im Quartale Januar-März 1894 durch die Versammlung nachbewilligten Beträge wird Kenntniß genommen. Derselben betragen im Ordinarium 74 140,61 Mark, hierzu die Nachbewilligungen für die ersten 3 Quartale 1893-94 mit zusammen 251 858,81 Mark, ergibt als Gesamtsumme der Nachbewilligungen im Ordinarium pro 1893-94 925 999,42 Mark; da nur 99 240,96 Mark an Deckungsmitteln vorhanden sind, so sind aus den Mehreinnahmen resp. Winter-Einnahmen 226 758,46 Mark zu decken. Im Extra-Ordinarium betragen die Nachbewilligungen im letzten Quartale 97 540 Mark, in den ersten drei Quartalen 963 390,59 Mark, ergibt als Gesamtsumme der Nachbewilligungen im Extra-Ordinarium 1893-94: 1 061 330,59 Mark.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind ohne erhebliches Interesse und werden den Vorlagen gemäß erledigt. Die Angelegenheit betr. Errichtung von Wärmehallen wurde der vorgerichteten Zeit wegen vertagt.

## Bemischte Nachrichten.

Berlin, 10. Mai. Heute hat hier ein Bucherprozeß gegen drei Kaufleute begonnen, wobei etwa 20 Offiziere und zahlreiche andere Geschädigte als Zeugen geladen sind.

Drei Personen sind als Brandstifter im Dorfe Gatow bei Spandau verhaftet worden. Bekanntlich hatte der Kaiser bei diesem Brande vorgerufen werthig eingegriffen.

Posen, 10. Mai. Heute Vormittag belagerte die Wago Widalska Razmarek den Militärposten am Kriegs-Infanteriemagazin IV. Als der Posten das Märschen verweigerte, ergriß es die Flucht, worauf der Posten nach sechs-maligem Anruf einen Schuß auf die Fliehende abgab, die ihren sofortigen Tod herbeiführte.

Augsburg, 10. Mai. Während der Mai-Ausfahrt im Dom entlief gestern Abend plötzlich unter den zahlreich anwesenden Anbäuerlichen eine Panik, wie man annimmt, in Folge davon, daß eine Person ohnmächtig wurde und die zunächst Stiehenden erschreckte. Alles wandte sich in wilder Hast und Flucht dem Ausgang zu, mehrere Personen stürzten zu Boden und wurden durch die nachdrängende Menge — glücklicherweise nur leicht — verletzt.

Athen, 10. Mai. Um das Dorf Charma in der Nähe von Thessaloniki bildete sich ein großer Spalt. Die Senkung des Bodens ist beträchtlich. Die Bewohner verlassen den Ort.

Newyork, 10. Mai. Wie der „Newyork Herald“ aus Caracas meldet, hätte das Erdbeben am 28. April in der Stadt stattgefunden. Die Städte Merida, Yagumillas, Chignara und San Juan seien vollständig zerstört, etwa 10 000 Personen seien dabei ums Leben gekommen.

## Börsen-Berichte.

Posen, 10. Mai. Spiritus loco ohne Faß 50er 46,30, do. loco ohne Faß 70er 26,60. Still. — Weiter: Prechtwol.

Magdeburg, 10. Mai. Zuckerbörse. Kornzuder exkl. von 92 Prozent —, neue 12,05, Kornzuder exkl. 88 Prozent Rendement —, neue 12,05. Nachprodukte exkl. 75 Prozent Rendement 9,20. Rübz. etwas schwächer. Brod-Raffinade I. —. Brod-Raffinade II. —. Gemischte Raffinade mit Faß 25,50. Gemischter Melis I. mit Faß —. Still. Holz-zucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg, per Mai 11,72 1/2, bez., 11,74 B., per Juni 11,65 bez., 11,65 B., per Juli 11,62 1/2 B., 11,65 B., per Oktober-Dezember 11,32 1/2 bez., 11,35 B. — Schwächer.

Köln, 10. Mai. Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen alter hiesiger loco 15,50, do. neuer hiesiger 14,75, fremder loco 16,25. Roggen hiesiger loco 12,50, do. fremder 15,00. Hafer alter hiesiger loco —, do. neuer hiesiger 15,50, fremder 15,25. Rüböl loco 48,00, per Mai 46,30, per Oktober 46,20. — Weiter: Schön.

Hamburg, 10. Mai. Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average

Santos per Mai 83,00, per September 77,50, per Dezember 72,00, per März 70,25. — Bebaupet.

Hamburg, 10. Mai. Vormittags 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rüben-zucker I. Produkt Basis 88 pSt. Rendement neue Ulfance frei an Bord Hamburg per Mai 11,77 1/2, per Juni 11,65, per August 11,65, per Oktober 11,40. — Matt.

Wien, 10. Mai. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,08 B., 7,10 B., per Mai-Juni 7,08 B., 7,10 B., per Herbst 7,36 B., 7,38 B. Roggen per Frühjahr 5,59 B., 5,61 B., per Mai-Juni 5,59 B., 5,61 B., per Herbst 6,16 B., 6,18 B. Mais per Mai-Juni 5,15 B., 5,17 B. Hafer per Frühjahr 7,05 B., 7,10 B., per Mai-Juni 6,94 B., 6,96 B., per Herbst 6,21 B., 6,23 B.

Wien, 10. Mai. Vorm. 11 Uhr. Pro-buktenmarkt. Weizen loco luflos, der Mai-Juni 6,92 B., 6,94 B., per Herbst 1894 7,20 B., 7,21 B. Roggen per Herbst 5,82 B., 5,84 B. Hafer per Herbst 5,80 B., 5,82 B. Mais per Mai-Juni 1894 4,88 B., 4,90 B., per Juli-August 5,06 B., 5,07 B. Rohraps per August-September 10,40 B., 10,50 B. — Weiter: Schön.

Savre, 10. Mai. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Mai 100,50, per September 95,50, per Dezember 90,00. Raum bebaupet.

Boston, 10. Mai. Kupfer, Chili bars good ordinary brands 40 Str. — Sh. — d. Zinn (Strait) 72 Str. 2 Sh. 6 d. Zink 15 Str. 15 Sh. — d. Blei 9 Str. 2 Sh. 6 d. Rohreisen. Misch numbers warrants 41 Sh. 7 d.

St. Louis, 10. Mai. Vormittags 11 Uhr 6 Minuten. Rohreisen. Misch numbers warrants 41 Sh. 10 1/2 d. Stettig.

## Telegraphische Depeschen.

Triest, 10. Mai. Die großen Holzdepots der Firmen Gebrüder Kvati, Visnitzer und Matec sind total niedergebrannt. Der Schaden beträgt über 300 000 Gulden.

Wien, 10. Mai. Obgleich man die Ablegung der Zivilbehörden seitens des Magnatenhauses erwartet hat, so ruft die große Majorität, mit welcher die Verwerfung erfolgte, doch in Regierungskreisen tiefe Verwirrung hervor. Ministerpräsident Bielecki begiebt sich morgen nach Wien, um dem Kaiser Bericht zu erstatten. Den sofortigen Ausdruck einer Ministerkrise hält man nicht für wahrscheinlich.

Währschaff, 10. Mai. In einer Konferenz der Grubenbesitzer wurde beschlossen, die Forderungen der Streikenden abzuheben und dieselben mittels Aufzugs zur Aufnahme der Arbeit aufzufordern. Andernfalls würden dieselben als verlassen betrachtet werden.

Paris, 10. Mai. Die Gruppe der äußersten Linken hat in Folge der Vorgehen in der Kammer bewilligten gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Loustaut ein Manifest erlassen, worin es heißt: Die radikal-sozialistische Gruppe konstatirt, daß die Majorität der Kammer die Prinzipien der parlamentarischen Immunität angepöbert habe. Die Majorität mache jeden Tag einen weiteren Schritt zur Reaktion und organisiere mit Hilfe der Katholiken und Monarchisten eine Opposition der kapitalistischen und konserverativen Interessen gegen die republikanische Demokratie. Die radikale Gruppe sei der Ansicht, daß es unter diesen Umständen nöthiger denn je geworden sei, daß die demokratischen Abgeordneten in direkte Verbindung mit dem Volk stünden.

Das Manifest schließt mit der Aufforderung, in verschiedenen Städten eine kräftige Propaganda gegen die Reaktion einzuleiten.

Rom, 10. Mai. Die Polizei veranstaltete in letzter Nacht bei mehreren Anarchisten, welche verhaftet sind, mit dem Attentate im Palais des Königin Desolati in Verbindung zu stehen, Hausdurchsuchungen, wo bei verschiedenen kompromittirten Schriften vorgefunden und mehrere Personen verhaftet wurden.

## Weiterandachtungen

für Freitag, den 11. Mai. Warmes, zunächst ziemlich heiteres Wetter mit mäßigen bis frischen südlichen Winden; nachher Trübung und etwas Gewitterneigung.

## Wasserstand.

Am 9. Mai. Elbe bei Uffitz + 1,08 Meter. Elbe bei Dresden + 0,22 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 2,45 Meter. — Anstalt bei Straußfurt + 1,00 Meter. — Oder bei Breslau, Oberpegel + 5,02 Meter, Unterpegel — 0,05 Meter. Oder bei Frankfurt + 1,95 Meter. Oder bei Ratibor + 1,22 Meter. — Weichsel bei Thorn + 0,51 Meter. — Warthe bei Posen + 0,84 Meter. — Am 6. Mai: Neße bei Uffitz + 1,22 Meter.

## Gold und Vapiergeld.

Daten der St. 9,715 (Engl. Banknot. 20,446 Conventions 20,385 (Franz. Banknot. 81,056 20 Frs.-Stücke 16,225 (Deut. Banknot. 163,456 Gold-Dollars 4,1565 (Austrijsche Noten 219,306)

## Sanit-Discont.

Reichsbank 3 Monate 1/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 2/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 3/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 4/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 5/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 6/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 7/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 8/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 9/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 10/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 11/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 12/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 13/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 14/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 15/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 16/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 17/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 18/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 19/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 20/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 21/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 22/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 23/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 24/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 25/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 26/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 27/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 28/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 29/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 30/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 31/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 32/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 33/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 34/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 35/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 36/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 37/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 38/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 39/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 40/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 41/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 42/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 43/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 44/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 45/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 46/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 47/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 48/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 49/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 50/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 51/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 52/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 53/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 54/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 55/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 56/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 57/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 58/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 59/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 60/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 61/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 62/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 63/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 64/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 65/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 66/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 67/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 68/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 69/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 70/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 71/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 72/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 73/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 74/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 75/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 76/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 77/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 78/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 79/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 80/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 81/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 82/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 83/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 84/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 85/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 86/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 87/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 88/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 89/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 90/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 91/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 92/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 93/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 94/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 95/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 96/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 97/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 98/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 99/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 100/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 101/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 102/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 103/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 104/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 105/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 106/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 107/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 108/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 109/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 110/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 111/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 112/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 113/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 114/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 115/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 116/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 117/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 118/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 119/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 120/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 121/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 122/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 123/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 124/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 125/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 126/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 127/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 128/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 129/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 130/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 131/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 132/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 133/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 134/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 135/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 136/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 137/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 138/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 139/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 140/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 141/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 142/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 143/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 144/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 145/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 146/5 5 108,958 Reichsbank 3 Monate 147/5 5 108,958 Reichsb



